

Rede des Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Stefan Ludwig

Es gilt das gesprochene Wort

100 Prozent sozial - für Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,
auch ich begrüße euch ganz herzlich zu unserem heutigen Parteitag. Wir wollen heute die Botschaft an die Einwohnerinnen und Einwohner Brandenburgs senden, dass DIE LINKE ein realistisches und mehrheitsfähiges Bild von der Zukunft unseres Landes hat.

Bevor wir uns dem widmen aber einige Gedanken zum Ausgang der Bundestagswahl und weiterer Wahlen:

Ich danke allen Kandidatinnen und Kandidaten, allen Genossinnen und Genossen, ob jung oder älter für ihr Engagement in diesem Wahlkampf. Ihr – wir – haben gemeinsam bis zum Anschlag um jede Stimme gekämpft. Wir haben es trotz aller Schwierigkeiten geschafft, mehr als die prognostizierten 17 bis 19 % zu erreichen. Mit unserer Spitzenkandidatin Diana Golze haben wir – wie Dagmar es vorschlug – den Generationswechsel vollzogen. Diana wie auch unserem Wahlkampfleiter Matthias Loehr ein herzliches Dankeschön!

Wir haben mit Diana, Kirsten, Birgit, Thomas und Harald ein kompetentes Team in der neuen Bundestagsfraktion. Ich wünsche euch starke Nerven und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit. Garant wird dafür auch Thomas als neuer/alter Landesgruppenchef sein. Gemeinsam mit Andrea habt Ihr euch ja bereits Gedanken gemacht, wie ihr euch im Land und in den Kreisverbänden engagieren wollt. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten. Mein besonderer Dank geht aber auch an Norbert Müller, der ab Ende Oktober unsere Landtagsfraktion verstärken wird, an Dagmar Enkelmann, Sabine Stüber, Jutta Vogel, Matthias Mnich und Steffen Kühne. Laßt uns gemeinsam weiterarbeiten. Lasst uns den Schwung dieses Wahlkampfes in das kommende Jahr mitnehmen. Kommunalwahlen, Europawahlen und Landtagswahlen werden uns extrem fordern.

Ich wünsche Dir, liebe Konni, viel Erfolg in Deinem neuen Amt als erste linke Landrätin in unserem Land. Der Landesverband wird Dich unterstützen. Ich freue mich, dass Du mit Kirsten Gurske eine weitere Frau an Deiner Seite haben wirst, die in den vergangenen 10 Monaten als amtierende Landrätin hervorragend gearbeitet hat. Ich erinnere auch an den engagierten Landratswahlkampf von Bernd Sachse. Auch Du, lieber Bernd, verdienst hohen Respekt und Anerkennung.

In diese Wahlkampfzeit gehört auch, dass unser Genosse Wolfgang Erlebach heute Beigeordneter in Brandenburg an der Havel ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,
dass alles haben wir in den vergangenen Monaten gemeinsam geschafft.
Die Bundestagswahlen haben aber deutlich gemacht: In Brandenburg, wie es heute ist, gibt es keine roten oder schwarzen Selbstverständlichkeiten mehr. Wenn SPD und Grüne im Bund gegen die Union UND gegen DIE LINKE kämpfen, dann können die Parteien links der Mitte zwar dort wie in Brandenburg noch die Mehrheit der Stimmen holen. Den Aufschwung von CDU und CSU können sie so nicht verhindern!

Um so schwerer wiegt unser Ergebnis bei der Bundestagswahl:

- DIE LINKE ist drittstärkste politische Kraft in Deutschland. Aller Voraussicht nach wird Gregor Gysi Oppositionsführer werden.

- Wir haben bundesweit – auch im Westen – an Akzeptanz gewonnen.
- In Hessen sind wir Parlaments-Normalität.
- Mehr als ein Viertel der Wählerinnen und Wähler kann sich mittlerweile mit einer rot-rot-grünen Bundesregierung anfreunden. In Brandenburg sind es bereits 40 %.

Das ist ein Verdienst der ganzen Partei, besonders aber der beiden Parteivorsitzenden. Natürlich auch von Gregor Gysi, was wäre der Wahlkampf ohne ihn gewesen! Matthias Höhn, unser Bundeswahlkampfchef, sei hier ebenso erwähnt. Nun betreiben wir eine kritische Auswertung überall, vielen Dank für Eure Zusendungen. Bitte macht weiter, wir wollen die beginnenden Wahlkämpfe so gut wie möglich vorbereiten. Unser Brandenburger Wahlziel von 25% plus x haben wir nicht erreicht, wir haben kein Direktmandat mehr – das schmerzt. Ichs sags ganz deutlich: wir wollten mehr! Wir sind dabei, die Ergebnisse gründlich zu analysieren.

Mehr wird gleich unser Parteivorsitzender Bernd Riexinger sagen, den ich nochmal herzlich begrüße.

Im Wahlkampf ist es Gregor, Katja und Bernd immer wieder gelungen, den Nebel der scheinbaren Einförmigkeit aller Parteien zu zerreißen und den Blick der Öffentlichkeit darauf zu lenken, dass eine Alternative zu Merkel, dass eine Mehrheit für gesetzlichen Mindestlohn, eine andere Steuerpolitik, eine konsequente Energiewende möglich ist - mit der LINKEN. Nach der Wahl zeigt sich: Es ist diese Alternative, die die Mehrheit im Bundestag hat - nicht das bürgerliche Lager. Das bürgerliche Lager hat im Bundestag die Mehrheit verloren und es ist um eine Partei kleiner geworden.

Das Wahlergebnis ist in Brandenburg übrigens nicht anders.

Am Tag nach der Wahl habe ich Brandenburgs CDU-Vorsitzendem Professor Schierack ehrlich zum Wahlerfolg gratuliert. Genauso ehrlich sage ich heute: Sie können sich nicht mit den Siegeslorbeeren schmücken. Den Wahlerfolg hat nicht die Union eingefahren, schon gar nicht die brandenburgische, sondern allein Angela Merkel! Deswegen, weil man ihr zubilligte, in erster Linie Politik für das Land, nicht für die eigene Partei zu machen. Ob sie diesen Kurs durchhalten kann, wage ich zu bezweifeln. Wahlen haben andere Gesetze als der Alltag. Dieses Vertrauen war Voraussetzung für den Erfolg, denn Maßstab für die Wahlentscheidung waren nicht die Themen der Union, sondern waren "angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen" und eine "gute Absicherung im Alter". Es war die Erwartung, die neue Regierung möge sich um sozialen Ausgleich kümmern. Eine nicht gesplante Opposition hätte in dieser Lage grandios abräumen können!

Es ist gut, dass demgegenüber LINKE und SPD hier in Brandenburg gut zusammenarbeiten. Die Chance, die Sie im Bund hatten, räumen wir Ihnen in Brandenburg nicht ein, meine Damen und Herren von der CDU! Wir nehmen die Herausforderung an: Wir werden in den kommenden Monaten die Auseinandersetzung mit der CDU führen, wir werden aufzeigen, dass sie kein Bild vom realen Leben in Brandenburg hat! Wir wollen ein Brandenburg für alle. Dann werden wir auch sehen, wo welche Partei an den Wahltagen ankommt!

Wie wichtig diese Auseinandersetzung ist, zeigen die Menschen, die heute vor unserem Objekt ihre Fragen loswerden wollten. Nicht wir, der CDU-Innenminister Schönbohm hat die Altanschießerregelung zu verantworten! Die SPD-CDU-Koalition hat gegen die Linksfraktion im Landtag und gegen die eindeutigen Stellungnahmen und Vorschläge, die alle vorlagen, diese Regelung getroffen. Besser kann man nicht aufzeigen, wie wichtig das Ausscheiden der CDU aus der Landesregierung war! Der Protest wäre gut lokalisiert beim

heutigen CDU-Parteitag in Potsdam! Wenn es hilft, stellen wir gern unsere Infomobile als Shuttle bereit, um die Betroffenen nach Potsdam zu bringen, das haben wir gerade vorbereitet. Natürlich bleiben wir dran am Thema! Aber die Hartnäckigkeit der SPD in dieser Frage, Entscheidungen von Gerichten bis hin zum Landesverfassungsgericht und der Zeitablauf engen unsren Lösungskorridor immer weiter ein. Kein Monat verging, ohne dass wir in dieser Frage aktiv waren, wir halten Wort. Gegenwärtig ringen wir um die Möglichkeit, wie in Mecklenburg-Vorpommern wenigstens Musterklagen zu ermöglichen und die Verjährung der Forderungen 2015 eintreten zu lassen. Ohne uns wäre das nicht auf der politischen Tagesordnung. 2009 hätte die CDU alles lösen können, wir müssen hier wieder Lasten von Vorgängern abräumen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
vor vier Jahren haben wir uns mit den Sozialdemokraten auf "Gemeinsinn und Erneuerung" als gemeinsames Leitmotiv für diese Legislaturperiode verständigt.
Für uns hat das bedeutet, mehr soziale Gerechtigkeit durch nachhaltige Weichenstellungen in der Landespolitik zu erreichen. Zu unserer guten gemeinsamen Bilanz wird Christian Görke nachher ausführlich sprechen.
Aber: die gute Bilanz ist das eine. Die muss stimmen, damit die Menschen überhaupt darüber nachdenken, uns wieder zu wählen. Entscheidend ist dafür aber, was wir künftig anzubieten haben, ob es aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler den Kern der Sache trifft. Ob man uns zutraut, das Angebot auch umsetzen zu können und dafür einen geeigneten Partner zu finden. Unser Leitbild ist dafür eine Hilfe. Die eigentliche politische Arbeit liegt noch vor uns. Ich denke, wir sollten dabei in den Gremien, in den Diskussionen an der Basis, in den IGs und AGs, mit Fachleuten und politischen Partnern eine Reihe von strategischen Linien verfolgen, zu denen sich auch unser Fraktionsvorsitzender heute weiter vertieft äußern wird:

Erstens müssen wir uns darüber verständigen, dass sich nicht nur die Welt allgemein im Wandel befindet, sondern auch unser Land. Brandenburg ist im Wandel. Brandenburg 2014 ist anders als 2009. Nicht nur, weil wir es mit unserer guten Politik verändert haben, sondern vor allem deswegen, weil die Menschen selbst es verändern und sich selbst verändern.
Weniger als zwei Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes sind hier geboren - 39 Prozent sind später zugezogen (nicht nur aus Berlin, sondern auch aus anderen Teilen vor allem Ostdeutschlands, aber auch Westdeutschlands). Im engeren Verflechtungsraum stellen sie sogar die Mehrheit (55 Prozent). Was vor fast 25 Jahren nach der Wende und der Wiedergründung des Landes Brandenburg Politik, politische Kultur und politisches Klima prägte und eine bestimmte märkische Identität stiftete, haben viele Brandenburgerinnen und Brandenburger von heute gar nicht mehr erlebt. Selbst die Auseinandersetzungen zur Zeit der Großen Koalition, die Debatten, die letztlich zu Rot-Rot führten - sie sind für viele ferne Geschichte.
Vielfältige Lebenswelten bilden sich in unserem Land heraus - mit eigenen Besonderheiten, Allein die Energiewende rief und ruft sehr unterschiedliche Interessen und Widerstände auf den Plan - organisiert in einer Vielzahl von Bürgerinitiativen mit auch untereinander widersprüchlicher Zielrichtung.

Liebe Genossinnen und Genossen,
es gibt da noch so einen stillen Skandal. Frauen sind auch in Brandenburg immer noch schlechter bezahlt als Männer. Öfter als Männer haben Sie lange Pendelwege zu bewältigen. Sie sind weniger oft in gehobenen Positionen zu finden. Und sie tragen das höhere Armutsrisiko.
Wir haben in der Leitbild-Debatte gesagt: Brandenburgs Zukunft ist weiblich. Das ist gelegentlich belächelt und falsch interpretiert worden. Es geht nicht darum, die

Geburtenzahlen der Frauen zu erhöhen, nicht darum, nur für die Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Das ist eine Aufgabe, die auf Frauen und Männer, auf Mütter und Väter zielt. Was wir wollen, sind angemessene ökonomische, soziale und kulturelle Bedingungen, die ihnen Lebenschancen eröffnen im gleichen Ausmaß und Umfang wie Männern. Bedingungen, die ihnen ermöglichen, selbstbestimmt und frei zu wählen und zu entscheiden, wie sie leben wollen. Das ist nicht allein landespolitisch zu erledigen. Aber es ist ein Anspruch, an dem auch Landespolitik sich messen lassen muss.

Liebe Genossinnen und Genossen -

Manches wird laut und schrill artikuliert und zwingt uns zum Handeln. Anderes bleibt beunruhigend still.

Ich ziehe daraus zwei Schlussfolgerungen.

Die eine: Wir müssen gerade in Regierungsverantwortung weiter Stimme und Interessenvertretung der sozial Benachteiligten sein! Wir kennen die landespolitischen Grenzen mittlerweile viel genauer als noch vor ein paar Jahren. Ja, wir haben uns beim ÖBS den Kopf blutig gestoßen - aber wir haben beim Schüler-Bafög auch gesehen, dass man zu pfiiffigen Lösungen finden kann. Solche Lösungen brauchen wir viel mehr - auch für öffentlich geförderte Beschäftigung, die für uns weiter ein Ziel ist, mit der wir auch den Bundesrat beschäftigt haben. Und wir müssen das Gewicht Brandenburgs im komplizierten künftigen Machtgeflecht zwischen Bund und Ländern weiter engagiert einsetzen - Kindergrundsicherung bleibt ein Anliegen, von dem wir nicht lassen werden!

Die andere Schlussfolgerung heißt: Wo Demokratie lebendiger und vielfältiger wird, funktioniert Politik auf alten Wegen nicht mehr - aber ihr eröffnen sich auch neue Chancen. Lasst uns, während wir am Wahlprogramm schreiben, unsere Erfahrungen und unsere Ideen aufarbeiten und weiter entwickeln: Wie gelingt es angesichts dieser Vielfalt von Lebenswelten, Bestrebungen und Konflikten, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Ausgleich neu zu definieren? Wie gelingt es, Interessen gleichberechtigt zu artikulieren und produktiv zu vermitteln? Zwischen Regionen, zwischen sozialen und lokalen Interessengruppen, zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik?

Wer darauf die besten Antworten hat, die beste Glaubwürdigkeit mitbringt, der wird künftig in Brandenburg die Nase vorn haben.

Wir haben dafür gute Voraussetzungen. Gerade auf schwierigem Terrain - bei der Energiewende und bei Unternehmensansiedlungen - haben wir wegweisende Erfahrungen in Sachen Akzeptanz und Beteiligung vorzuweisen. Die Möglichkeiten von Betroffenen, Kommunen und Unternehmen, auf Entscheidungen, aber auch schon auf die Strategiebildung Einfluss zu nehmen, sind in unserem Bundesland vorbildlich. DIE LINKE hat der Wirtschaftspolitik nicht nur eine soziale, sondern auch eine demokratische Dimension eröffnet. Werben um Akzeptanz, Gewährleistung von Beteiligung und Mediation im Konfliktfall - das wird ein Markenzeichen moderner LINKER Politik in Brandenburg auch in der nächsten Legislatur und über die Wirtschaftspolitik hinaus sein.

Damit komme ich zur zweiten strategischen Linie: Brandenburg im Wandel - das ist auch ein Land, in dem sich ein ökonomischer, ein technologischer Strukturwandel vollzieht. Wir wollen ihn gestalten und ihm vor allem eine Richtung geben: Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau einleiten - in Brandenburg, aber auch darüber hinaus. Was müssen wir den Menschen dazu sagen? Die allermeisten betrachten diese Prozesse aus ihren Erfahrungen in einer Erwerbsarbeitsgesellschaft heraus. Arbeit, von der man leben kann - das ist immer noch auch die Kernerwartung unserer Wählerschaft. Ihnen müssen wir sagen: Wirtschaft und Gesellschaft ändern sich - wir wollen darauf so einwirken, dass dabei für euch Gute Erwerbsarbeit herauskommt; rundum Gute Arbeit, in der sich soziale und ökologische, aber auch ökonomische Nachhaltigkeit verbinden.

Liebe Genossinnen und Genossen,
zur dritten strategischen Linie: Kern des ökonomischen Strukturwandels in unserem Land ist die Energiewende. Es war unsere Strategie schon vor 2009 und dann erst recht in der Regierung, auf den Vorrang für die Erneuerbaren zu setzen und auf diese Weise den Abschied von der Kohle-Verstromung zu forcieren. Mit der Energiestrategie 2030 sind wir in Brandenburg dazu übergegangen, nicht nur den Vorrang für die Erneuerbaren zu gewährleisten, sondern ihren Durchbruch zu organisieren! Wir sollten uns nun zum Ziel setzen, diesen Durchbruch auch zu schaffen. Bis Ende des nächsten Jahrzehnts wird es möglich sein, den gesamten Großraum Brandenburg und Berlin aus Erneuerbaren Energie-Quellen zu versorgen. Eine wichtige Frage dafür ist eine enge Kooperation von Brandenburg und Berlin, ist die Überwindung der energietechnischen Insellage der Stadt. Das sollte in der nächsten Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden können!

Liebe Genossinnen und Genossen,
vor einigen Tagen berichtete die "Süddeutsche Zeitung", der Energiekonzern RWE richte sich auf ein vorzeitiges Aus für den heftig umstrittenen nordrhein-westfälischen Braunkohletagebau Garzweiler ein. Weiteren Orten könne die Abbaggerung erspart bleiben. "Der Grund", so die "Süddeutsche": " Der Betrieb der großen Kraftwerke rund um Garzweiler rentiert sich immer seltener. Das wachsende Angebot von Wind- und Solarenergie lässt die Preise an den Strombörsen so stark fallen, dass Kraftwerke immer seltener am Netz sind." Das Ende für Garzweiler käme dann sehr bald - 2017, spätestens 2018. (Süddeutsche Zeitung, 8. 10. 2013)

Das zeigt: Die Strategie wirkt, die Verdrängung der Braunkohle durch die Stärkung der Erneuerbaren herbeizuführen!

Aber: So schnell können auch die Kohle-Kumpel in der Lausitz vor uns stehen und fragen: Was wird nun aus Eurem Versprechen von Guter Arbeit für alle? Auch das spricht dafür, uns im Engagement gegen die Braunkohle vor allem um die Alternativen zur Braunkohle zu bemühen. Je attraktiver und zukunftssträchtiger die Alternativen, desto eher und leichter der Braunkohle-Ausstieg. Da sind wir noch manche Antworten schuldig.

Zur vierten strategischen Linie: Es gehört zu den Verdiensten unserer Koalition, dass sie dem unter der Dominanz des Neoliberalismus lange verpönten Begriff der Industriepolitik wieder Geltung verschafft hat. Wir wollen die industrielle Basis in allen Landesteilen moderner, nachhaltiger und international wettbewerbsfähiger machen. Geld ist dabei nicht alles. Fördermittel von Bund und EU sind zwar wichtige Hilfsmittel, sie können aber nie den Mut, die Kreativität der Unternehmerschaft und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten ersetzen. Was wir brauchen ist ein gesellschaftliches Klima der Offenheit und der Neugier, der Vernetzung von Ressourcen und Ideen, der wechselseitigen Unterstützung von Land, Kommunen, Verbänden, Hochschulen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern, der Verantwortung füreinander, für Gesellschaft und Umwelt. Das ist nicht alles per Erlass oder Gesetz zu haben - aber wir als Partei, als LINKE in der Gesellschaft, können darauf sehr wohl erheblich Einfluss nehmen.

Wir müssen auch über eine zweite Seite reden. "Allein mit einer neuen Runde industriepolitischer Förderprogramme", so heißt es in einem gerade vorgestellten Memorandum von ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, "wird man »die systematische Strukturschwäche des Ostens« nicht überwinden können. Deshalb muss der steigenden Bedeutung von Dienstleistungen dadurch Rechnung getragen werden, dass neben einer Industrie- auch eine Dienstleistungspolitik betrieben wird, die den Prinzipien guter Arbeit und guter Dienstleistungen verpflichtet ist." (Beckmann, M./Kahrs, H.: Dienstleistungspolitik in

Ostdeutschland. Berlin: ver.di/Rosa-Luxemburg-Stiftung 2013, S. 5) Das ist ein wichtiger Ansatz, dem auch wir uns verstärkt zuwenden müssen.

Eine fünfte strategische Linie muss aus meiner Sicht sein, die Verwaltungsstrukturen fit für die Zukunft zu machen und dabei demokratische Bürgerbeteiligung im Blick zu haben. Dazu gehört auch, sich die Aufgabenverteilung auf allen Ebenen anzusehen. Dazu hat die ENQUETE-Kommission des Landtages Empfehlungen erarbeitet. Lasst uns diese Empfehlungen genau ansehen, vorurteilsfrei und ohne Scheuklappen. Die Menschen in unserem Land werden älter und sie werden weniger. Darauf brauchen wir intelligente Antworten. Darauf müssen wir reagieren, um Daseinsvorsorge tatsächlich und überall zu gewährleisten, um auch in Zukunft lebenswerte Kommunen in unserem Land zu haben. Dazu brauchen wir kreative Ideen, einige sind im Leitbild formuliert. In dem ENQUETE-Prozess haben wir schmerzlich erfahren, dass wir zwar immer eine Funktionalreform gefordert haben, aber wenn es konkret wird, auch in den eigenen Reihen heftig diskutieren, was Kommunen leisten können und was nicht, was das Land leisten muss und wo auf staatliche Entscheidung verzichtet werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir bereiten uns jetzt auf die nächste Legislaturperiode vor. Sie endet 2019 – 30 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR und fast 30 Jahre nach Vollzug der staatlichen Einheit. Wir, die wir damals Mitte 20, Anfang 30 waren, schauen dann allmählich der Rentenzeit entgegen. Die, die damals geboren wurden, übernehmen jetzt die Geschicke des Landes, auch der Partei. Für sie ist Brandenburg das Brandenburg von heute - nicht das der 90er. Ostdeutschland ist für sie weniger ein Bezugspunkt - schon gar nicht in der Reduktion auf Pro oder Contra DDR. Wir müssen das besser verstehen - auch, um nächstes Jahr zu bestehen, wenn erstmals die 16-Jährigen zur Wahl gehen können!
Dann geht die Zeit zu Ende, in der Ostdeutschland als Sonderzone in Deutschland behandelt wird. Ostdeutschland ist nicht mehr die größte geschlossene Krisenregion in Deutschland - wohl aber noch die größte Ansammlung von Krisenregionen in Deutschland. Es gibt hier mittlerweile Leistungszentren mit eigener Attraktivität - wenn auch auf vergleichsweise bescheidenem Niveau. Und es gibt andererseits auch im Westen mittlerweile Regionen, die strukturell gefährdet sind, die abgehängt zu werden drohen. Soziale Gerechtigkeit heute heißt auch, solchen gefährdeten Regionen unabhängig von der Himmelsrichtung zu helfen. Es war DIE LINKE, es waren Ralf Christoffers, Helmut Holter und Klaus Lederer, die im Februar dafür die Initiative ergriffen haben - mit einem regional- und strukturpolitischen Konzept und dem Vorschlag, nach dem Vorbild der bisherigen Ostdeutschland-Hilfen ab 2019 einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West zu schließen. Andere nennen das inzwischen "Deutschland-Pakt". Jetzt kommt es auf Brandenburgs Gewicht an, damit aus dem neuen wie auch immer bezeichneten Solidarpakt nicht eine Sparmaßnahme, sondern ein Stück Strukturpolitik hin zum sozial-ökologischen Wandel wird!

Liebe Genossinnen und Genossen,
alle Wahlen in Brandenburg, auf andere Bundesländer will ich jetzt nicht eingehen, haben gezeigt, dass nicht nur Wahlprogramme, sondern geschlossenes, erkennbares Auftreten der jeweiligen Parteien entscheidend für Wahlergebnisse sind. Wählerinnen und Wähler wollen wissen, wofür eine Partei wirklich steht. Und nicht wofür der eine oder die andere oder möglicherweise ein Flügel einer Partei steht. Vielfalt darf nicht zur Beliebigkeit werden! Auch die Kultur entscheidet: es ist gut, dass es während des Wahlkampfes keinen Streit gab. Die jüngsten Veröffentlichungen zeigen, dass es leider immer noch genug Gründe dafür gäbe. Wir wollen an den positiven Erfahrung des Bundestagswahlkampfes anknüpfen und uns ganz eindeutig für eine andere politische Kultur in dieser Partei einsetzen, als sie in einem jetzt

öffentlich gewordenen Liederbuch zum Ausdruck kommt. Diese Form der Auseinandersetzung lehnen wir ab und sie hat im Landesverband Brandenburg nicht die geringste Akzeptanz!

Wir haben in den vergangenen Jahren Vieles erreicht, nicht Alles richtig gemacht, aber Einiges in die richtigen Bahnen gelenkt. Lasst uns gemeinsam weiter daran arbeiten. Brandenburg ein Stück gerechter und sozialer zu gestalten. Politik vermittelt sich über Personen, vollzieht sich aber nur über Entscheidungen! Lasst uns streiten aber nicht zerstreiten! Brandenburg braucht uns!
Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.